

Politikerinnen bekämpfen den Klimawiderspruch der Ost

Täglich eine Tonne CO₂ – so viel stösst die Rapperswiler Fachhochschule Ost beim Heizen aus. Das müsste nicht sein, finden drei Kantonsrätinnen. Denn bei Knies Kinderzoo stünde eine Seewasserwärmanlage bereit.

von Fabio Wyss

Die Lehre und die Realität der Fachhochschule Ost in Rapperswil-Jona haben sich etwas voneinander entfernt. Tagtäglich forschen Dutzende Ost-Angestellte zu einer einzigen Frage: Wie kann möglichst ökologisch Energie gewonnen werden? Gleichzeitig stösst das Hochschulgebäude pro Tag über eine Tonne CO₂ in die Luft. Denn die Ost heizt ihre Gebäude wie schon zu Zeiten, als sie noch Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) hiess, mit einer Erdgasheizung. «Ein unglaublicher Widerspruch unter einem Dach», ist das für die Kantonsrätin und Benkner Gemeindepräsidentin Heidi Romer.

Verantwortlich für diesen Widerspruch ist aber nicht die Ost selber; die Gebäude sind im Besitz des Kantons. Und dort heisst es: Zur Erfüllung der Vorbildfunktion will der Kanton seine Immobilien klimaschonend heizen. Das lässt das St.Galler Hochbauamt auf Anfrage der «Linth-Zeitung» verlauten.

Romers Rats- und Parteikollegin Yvonne Suter (CVP) hält es für «widersprüchlich, die Nutzung erneuerbarer Energien zu propagieren und gleichzeitig zu den grossen Verbrauchern fossiler Energie zu gehören». Die Rapperswil-Jonerin hat darum zusammen mit Romer und Franziska Steiner-Kaufmann aus Gommiswald eine Interpellation im Kantonsrat eingereicht. «Es müsste doch möglich sein, eine klimaneutrale Beheizung in die Räumlichkeiten der Ost zu installieren», findet Romer.

Stadträte unterzeichnen mit

Die CVP-Politikerinnen erhalten Unterstützung: Über alle Parteien hinweg haben 22 Kantonsräte mitunterzeichnet. Darunter auch Behördenmitglieder aus Rapperswil-Jona: Stadtpräsident Martin Stöckling (FDP) und die Grüne Stadträtin Tanja Zschokke.

Das parteiübergreifende Interesse liegt unter anderem daran, dass eine wortwörtlich naheliegende Lösung bereitstünde: Ein paar Hundert Meter neben der Hochschule betreibt Knies Kinderzoo eine klimaschonende Seewasserwärmanlage.

Seit dem Himmpan-Ausbau vor fünf Jahren heizt der Kinderzoo seine Gebäude mit Wärme aus dem Obersee. Dabei führen 340 Meter lange unterirdische Leitungen Wasser aus rund sechs Metern Tiefe zu einer Wärmepumpe im Kinderzoo.

Gemäss den Interpellanten könnte die Fachhochschule mit wenig Aufwand an die Heizung des Zoos angeschlossen werden. Auch Franco Knie senior sagt: «Die Anlage wurde von Anfang an so installiert, dass sich andere Gebäude im Südquartier anschliessen könnten. Knies Kinderzoo



Könnte grüner sein: Der Kanton beheizt die Rapperswiler Hochschule Ost mit einer Erdgasheizung.

Pressebild Ost

wollte den Startschuss geben für nachhaltiges Heizen.» Grundsätzlich seien sie offen, wenn sich die Fachhochschule anschliessen wolle, so der Zooverantwortliche.

Gespräche versiegelt

Tatsächlich fanden diesbezüglich schon 2013 Gespräche zwischen dem Kanton und der damaligen HSR statt. Im Boden seien auch schon einige Vorarbeiten gemacht worden, sagt Ost-Rektor Daniel Seelhofer: «Bei einem möglichen Wärmeverbund müssen zumindest keine Leitungsbauarbeiten

auf bebauten Grundstücken durchgeführt werden.»

Wieso diese Gespräche nicht weitergeführt wurden, bleibt unklar. Sowohl die Hochschule als auch das kantonale Hochbauamt wollen der Regierungsbauverwaltung auf die Interpellation nicht vorgreifen. So viel ist aber aus St.Gallen zu erfahren: Diverse Installationen wären auf dem Areal der Ost, insbesondere in der Heizzentrale, für eine Seewasserwärmanlage erforderlich.

Dagegen mutmasst Kantonsrätin Yvonne Suter, dass der Grund woan-

ders liegt: «Meines Wissens wollte der Kanton keinen Wärmebezug von einem Dritten.» Tatsächlich betreibt laut Kinderzoo das Zürcher Unternehmen «Energie360» die Seewasserwärmanlage.

Sollte dies der Hinderungsgrund für einen Wärmeverbund mit dem Kinderzoo sein, hält Suter auch weitere Modelle für denkbar: Zum Beispiel könnte sich der Kanton an der Wärmeaufbereitung durch Seewasser beteiligen und auf diese Weise seine Interessen direkt vertreten.

Potenzial am Obersee geringer

Klar ist: Aus Sicht des kantonalen Hochbauamts gibt es keine allgemeinen Kriterien, die gegen eine Seewassernutzung zu Heizzwecken sprechen. Der Kanton liess schon Studien zur Nutzung des Seewassers in der Ostschweiz anstellen (siehe auch Box). Laut diesen ist das Potenzial am Obersee zwar geringer als am Boden-, Walen- oder unteren Zürichsee. Die Regierung ist aber überzeugt, dass eine erfolgreiche Nutzung der Seen für die Wärmeversorgung die CO₂-Emissionen der Gebäude erheblich senken kann.

Um in diesem Thema vorwärtszumachen, ist für Kantonsrätin Suter jetzt der ideale Zeitpunkt. Ob Energiestrategie des Bundes, Energiekonzept des Kantons oder der Klimaartikel von Rapperswil-Jona: «Überall heisst es zurecht, dass fossile durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden sollen.» Die Hochschule habe allein schon wegen ihres grossen Gebäudevolumens einen grossen Energiebedarf. Setze man hier an, bewirke man auch etwas, erläutert Suter.

Heidi Romer sagt zudem, dass sich so der Widerspruch etwas lösen würde. Die Lehre der Ost und deren Beheizung würden sich wieder annähern. Romer trägt ihren Anteil dazu bei: indem sie und ihre Kantonsratskolleginnen der Kantonsregierung einheizen.



«Überall heisst es zurecht, dass fossile durch erneuerbare Energieträger zu ersetzen sind.»

Yvonne Suter
Kantonsrätin aus Rapperswil-Jona



«Im Boden wurden bereits einige Vorarbeiten für den Wärmeverbund gemacht.»

Daniel Seelhofer
Rektor «Ost», Rapperswil-Jona

Heizen mit Seewasser: riesiges Potenzial trotz Grenzen

Tief unten im Obersee schlummert riesiges Potenzial. Das Wasser ab idealerweise 20 Metern Tiefe empfiehlt sich zum Heizen von Gebäuden – und zwar CO₂-arm. Dies geht aus einem Bericht des Kantons hervor, der auch die St. Galler Regierung überzeugt. 325 Gigawattstunden könnten so ge-

samthaft zum Heizen erzielt werden. Zum Vergleich: Alle Windkraftwerke der Schweiz müssten zwei Jahre laufen, um so viel Energie bereitzustellen. **Im Gegensatz zur Windenergie sind dem Heizen mit Seewasser aber Grenzen gesetzt. Das entnommene Wasser muss nämlich wieder zurückgeführt**

werden. Durch den zum Heizen nötigen Umwandlungsprozess sinkt aber die Wassertemperatur. Im Bericht wird eine Abkühlung von 0,5 Grad als Grenze angegeben, um den Temperaturhaushalt des Sees und damit die Wasserlebewesen nicht zu beeinträchtigen. **Im Vergleich zu anderen Seen**

auf St. Galler Gebiet hat der Obersee einen Nachteil: Der See verfügt über eine geringe Tiefe, gleichzeitig ist die Bevölkerungsdichte rundherum hoch. Die ganze Nachfrage für Heizungen wird laut der Studie langfristig wohl kaum nur mit Seewasserwärmanlagen alleine zu decken sein. (wyf)

Parteien haben Fragen zum Porthof

GLP und CVP üben Kritik am Rückzieher von Rajovita bei Joner Alterssiedlung.

Die Grünliberale Partei Linth fordert den Stadtrat und die Altersstiftung Rajovita auf, umfassend über die Kehrtwende beim Projekt Alterswohnungen Porthof zu informieren. Die städtische Medienmitteilung vom 18. Dezember habe mehr Fragen als Antworten hinterlassen, schreibt die GLP. Damals informierte die Stadt, dass Rajovita auf den Bezug einer bereits halb gebauten Pflegewohnung mit 19 Betten in der Alterssiedlung Porthof verzichtet (Ausgaben vom 19. und 24. Dezember).

GLP will Transparenz

In zwei Volksabstimmungen sei das Projekt als Alterswohnungen mit Service beschrieben worden. «Es ist befremdlich, dass kurz vor der Vollendung ein wesentlicher Teil des Projekts plötzlich als nicht mehr realisierbar erklärt wird.» Für ältere Menschen seien Alterswohnungen mit flexiblem Service ein wichtiges und attraktives Angebot.

«Nach langjähriger gemeinsamer Planung ist der Rückzieher von Rajovita schwer verständlich», wird GLP-Parteipräsident Andreas Bisig zitiert. Umso wichtiger sei es, dass jetzt die Entscheidungsgrundlagen auf den Tisch gelegt würden. Insbesondere interessiere wie Rajovita auf ein geschätztes Defizit von 250 000 Franken pro Jahr komme und welche weiteren Betreiber für die Pflegewohnung von der Stiftung Alterswohnungen, die den Bau realisiert, angefragt worden seien. Unklar bleibe auch, welches Synergiepotenzial die Alterswohnungen Porthof und das neue Alters- und Pflegezentrum Schachen bieten würden, zumal keine 250 Meter Luftlinie dazwischen lägen.

Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass der Stadtrat die Bevölkerung nun transparent informiere. «Kann der Stadtrat diesem Bedürfnis nicht nachkommen, verlangt die GLP, dass die Geschäftsprüfungskommission die Vorfälle untersucht», schreibt die Partei.

CVP mit Kritik und Verständnis

Auch die CVP Rapperswil-Jona zeigt sich über die Entwicklungen überrascht. «Für die CVP sind die internen Prozesse von Rajovita höchst fragwürdig und sie fragt sich, wie es sein kann, dass erst kurz vor Vollendung des Porthofprojekts ein zukünftiger unwirtschaftlicher Betrieb der Pflegewohnungen und des Restaurantbetriebs festgestellt und eine langjährige Zusammenarbeit aufgelöst wird», schreibt die Partei. Dies sei der Vertrauensbildung für eine künftige Partnerschaft beim Alterszentrum Schachen nicht dienlich.

Zugleich sei es für die CVP nachvollziehbar, dass der Stiftungsrat Alterswohnungen Distanz zu einem fristlos freigestellten Mitarbeiter von Rajovita nehme (gemeint ist Ex-Geschäftsführer Christoph Künzli, der sich für den Betrieb der Pflegewohnung bewarb, Red.). Weitere Betreiber der Pflegewohnung seien «in dieser unsicheren Zeit schwierig zu finden, und die geplanten Bautermine würden sicherlich noch stärker in Rückzug geraten», so die CVP.

Die Partei unterstützt deshalb die «Not»-Lösung eines Kindergartens und ist «sehr optimistisch, dass sich für den Restaurantbetrieb ein Mieter finden lässt». Zugleich verlangt sie betreffend Mehrkosten von den beiden «öffentlichen Stiftungen eine transparentere Informationspolitik, um kursierenden Gerüchten entgegenzutreten». (Lz)